Vortrag: 1945 wurden 71 „Schutzhäftlinge“ der Gestapo im KZ Neuengamme ermordet

Wer waren die Opfer und welche Gründe hatte die Gestapo für deren Ermordung? Johannes Grossmann ergründet diese Fragen

Noch kurz vor Ende des 2. Weltkrieges wurden in den Nächten zwischen dem 22. und 24. April 1945 13 Frauen und 58 Männer im Arrestbunker erhängt, mit Handgranaten umgebracht, mit Kopfschuss getötet oder erschlagen. Wenige Tage vorher erst waren sie aus dem Polizeigefängnis Fuhlsbüttel in das Konzentrationslager Neuengamme gebracht worden. Die Hintergründe zu diesen Taten erläutert der Historiker und Mitarbeiter im Projekt „Stolpersteine in Hamburg / Biographische Spurensuche“, Johannes Grossmann, im Rahmen des Themenabends.
Der Eintritt ist frei.

Am **Montag, 7. November 2016, 18 Uhr,**
im Gästehaus der Universität, Rothenbaumchaussee 34, 20148 Hamburg,

wird Johannes Grossmann die von ihm recherchierten Lebensläufe der namentlich bekannten Opfer vorstellen und die Ergebnisse seiner intensiven Quellenstudien darlegen.

Die 71 Opfer waren, wenige Wochen vor der Einnahme Hamburgs durch britische Truppen, von der Gestapo auf eine Liste „nicht mehr erziehbarer Feinde des Staates, gefährlicher und untragbarer Elemente“ gesetzt worden.
36 der Ermordeten waren sowjetische und polnische Zwangsarbeiter. Was ihnen vorgeworfen wurde, ist nicht bekannt. Ihre Namen sind nicht erhalten. Überliefert sind die Namen von 13 Frauen und 22 Männern. Einige von ihnen waren aktive NS-Gegner (Weiße Rose, Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, Gruppe KdF/Kampf dem Faschismus), andere hatten lediglich lose Kontakte zu Hamburger Widerstandskreisen oder waren politisch überhaupt nicht aktiv. Die Gestapo muss also weitere Gründe gehabt haben, auch sie schnell noch zu beseitigen.

Wer waren all diese Menschen? Wie waren sie auf die „Liquidationsliste“ gekommen? Wie lief das Massaker ab? Was geschah nach Kriegsende mit den Verantwortlichen für das Geschehen von der Verhaftung bis zur Vernichtung der Häftlinge?
Der Eintritt ist frei.

Für Rückfragen der Medien:

Landeszentrale für politische Bildung
Dr. Rita Bake, stellv. Leiterin
Tel. (040) 428 23-4804
E-Mail: rita.bake@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/politische-bildung

Annika Samesch, Öffentlichkeitsarbeit
Tel. (040) 428 23-4808
E-Mail: annika.samesch@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/politische-bildung